

Offener Brief an die Anwohner und Anwohnerinnen von Insel

Wir sind Menschen, die nicht in Insel wohnen, jedoch die Geschehnisse im Dorf während der letzten Monate verfolgt haben. Der folgende Brief soll Ihnen deutlich machen, mit welcher Besorgnis wir die sich immer weiter zuspitzende Lage verfolgen und dass wir es nun für notwendig halten, dazu Stellung zu beziehen.

Uns ist bewusst, dass sexualisierte Gewalt und ebenso die Frage nach dem Umgang mit Sexualstraftäter_innen, die ihre gerichtlich verordnete Strafe abgesessen haben, ein hoch emotionales Thema ist. Ein Unbehagen durch Menschen, die solche Straftaten begangen haben, ist verständlich und nachvollziehbar. Was wir aber nicht verstehen und dulden können sind die Ereignisse seit letztem Sommer.

Wir kritisieren vor allem die aggressive Grundstimmung der Demonstrationen, die aktive Duldung von Neonazis auf den Protesten, die Forderung nach der Wiedereinführung der Todesstrafe und die Doppelmoral einer Dorfgemeinschaft.

Gegen jede Zusammenarbeit mit Nazis

Durch die Art der Proteste und ihre aufgeheizte Stimmung fühlten sich Neonazis aus der Region ermutigt, sich den Demonstrationen anzuschließen. Diese Taktik, sich Protesten anzuschließen und diese für ihre Ideologie zu vereinnahmen, ist nicht neu. Damit verfolgen Neonazis das Ziel, ihrer sogenannten „Volksgemeinschaft“ näher zu kommen. Mit „Volksgemeinschaft“ meinen sie eine Gesellschaft nach dem Vorbild des Nationalsozialismus. Damit einhergehend streben sie die Unterdrückung bzw. Vernichtung von Menschen mit Migrationshintergrund, Menschen mit Behinderung, Menschen mit jüdischem Glauben, politischen Gegner_innen und anderen an. Nur auf diesem Wege können sie die ersehnte „Volksgemeinschaft“ erreichen. Wohin dieses Streben führen kann, hat sich in der Geschichte mehr als deutlich gezeigt.

Die Zusammenarbeit mit Neonazis darf unter keinen Umständen geduldet werden. Denn die Teilnahme an Demonstrationen gibt Neonazis eine Plattform für ihre menschenverachtenden Parolen und damit die Möglichkeit, Einfluss auf gesellschaftliche Entwicklungen zu nehmen.

Gegen jede Forderung der Wiedereinführung der Todesstrafe

Durch die Neonazis wurde die Forderung nach der Wiedereinführung der Todesstrafe offen auf den Demonstrationen in Insel propagiert. Ausdruck dieser Forderung waren die Transparente „Problemlösung statt Problemverlagerung“ und „Todesstrafe für Kinderschänder“. Diese Transparente wurden von den Demonstrant_innen in Insel ebenso geduldet wie die Neonazis selbst.

Auf Pressebildern waren Anwohner_innen zusammen mit den Transparenten zu sehen. Die Außenwirkung war eindeutig: die Demonstrant_innen in Insel distanzieren sich keinen Meter von der Forderung nach der Wiedereinführung der Todesstrafe. Dabei ist die Abschaffung der Todesstrafe eine historische Errungenschaft und kennzeichnet Gesellschaften mit einem menschlichen Anspruch. Jede Forderung nach der Wiedereinführung ist ein gesellschaftlicher Rückschritt.

Doppelmoral der Dorfgemeinschaft

Wie einem Artikel der Stuttgarter Zeitung zu entnehmen war, ist das Thema „Sexualverbrechen“ in Insel nicht neu. Doch scheinbar ist es für viele nur problematisch, wenn es sich bei den Täter_innen um Menschen handelt, die nicht Teil ihrer Dorfgemeinschaft sind und von „außen“ kommen.

"Meine Tochter ist hier im Dorf vergewaltigt worden."

Auf der gegenüberliegenden Straßenseite ist Katrin Klarowitz vor die Tür ihres Hauses getreten, um eine Zigarette zu rauchen. Mit abschätziger Miene schaut die dunkelhaarige Frau, Mitte 40, hinüber zu den Demonstranten. "Meine Tochter ist mit elf Jahren hier im Dorf vergewaltigt worden", erzählt sie. Als sie den Täter anzeigte, hätten ihr Leute im Dorf vorgeworfen, sie versauere das Leben des jungen Mannes. "Einige von diesen Leuten stehen heute da drüben und demonstrieren gegen Sexualstraftäter, die für ihre Taten 25 Jahre gebüßt haben."

(Stuttgarter Zeitung vom 28.09.2011)

Wir fordern von den Menschen in Insel:

- > Distanzierung von jeglicher Forderung nach der Todesstrafe
- > Strikte Distanzierung von Neonazis und ihren politischen Forderungen

Wir erwarten einen menschlichen Umgang mit allen Beteiligten und die Bereitschaft zum Dialog. Wir werden die Geschehnisse in Insel verfolgen und es nicht zulassen, dass Neonazis weiterhin ungestört demonstrieren können, um ihre menschenverachtende Ideologie zu verbreiten.

Wir werden unserer Kritik in Form einer Demonstration am Samstag in Insel Ausdruck verleihen.



**ARBEITSKREIS ANTIFASCHISMUS
MAGDEBURG**